

## «Das ist eine Verlüderung der Sitten»

Limmattaler Tagblatt, 8.Sept 2004

**Stadtentwicklung** Stadträtin Kathrin Martelli über den Flughafen Kloten und die Raumplanung generell

Die politischen Grenzen eignen sich nicht mehr für die Raumplanung in den städtischen Gebieten, sagt Hochbauvorsteherin Kathrin Martelli und fordert neue Instrumente in der Raumplanungs- und Umweltgesetzgebung auf Bundesebene.

FLORIAN MEYER

*Für Sie weist der «Bericht über die Luftfahrtpolitik der Schweiz» in die richtige Richtung?*

**Kathrin Martelli:** Eindeutig. Ich begrüsse es, dass der Bund den Ansatz für eine nationale Flugverkehrspolitik vorgelegt hat, der auch eine stärkere Verknüpfung mit der Raumplanung will.

*Der Bund muss Ihrer Ansicht nach in der Raumplanung beim Flughafen Kloten das Heft in die Hand nehmen?*

**Martelli:** Der Bund verfügt heute über die Planungskompetenzen, um die richtigen Rahmenbedingungen für einen nationalen Flughafen in Kloten zu schaffen. Mit dem Sachplan Infrastruktur der Luftfahrt (SIL) müsste er diese Festlegungen jetzt treffen, so wie es der Kanton Zürich mit «Relief» macht. Aus raumplanerischer Sicht müsste dieses Projekt aber in erster Linie vom Bund koordiniert werden, damit nicht der Kanton Aargau mit Süddeutschland zusammenspannen kann, weil er keinen Fluglärm will.

*Der Bund sollte «Relief» aufgreifen und sich zur Nord-Ostausrichtung bekennen?*

**Martelli:** «Relief» könnte eine gute Grundlage für den Bund sein. Es ist aber noch nicht abschliessend zu beurteilen.

*Ihr Ruf nach mehr Verantwortung des Bundes in der Raumentwicklung bezieht sich nicht nur auf die Flugverkehrspolitik?*

**Martelli:** In der Flugverkehrspolitik war es besonders schmerzhaft. Doch in erster Linie geht es um eine Handlungsfrage, nach welchen Grundsätzen man Raumplanung entwickelt. Trotz der neuen Agglomerationspolitik, die ein erster Schritt in die richtige Richtung ist, geht der Bund in seinem Denkansatz immer noch den Weg von aussen nach innen, vom Land zu den Städten. Wichtiger wäre, dass er sich an den räumlichen Trends orientiert, die aus den Städten in die Agglomerationen und in die Kantone hinaus verlaufen. So wird klar, dass sich die politischen Grenzen nicht mehr für die Raumplanung in den städtischen Regionen eignen.

*Wieso nicht?*

**Martelli:** Die räumlichen Entwicklungen, die vom Grossraum Zürich ausgehen, machen nicht an den Grenzen Halt. Sie reichen auch in den Aargau hinein - oder bis nach Süddeutschland.

*Ein Beispiel?*

**Martelli:** Wenn heute Ikea auf Zürcher Kantonsgebiet nicht bauen kann, geht es in den Aargau. Das ist wegen der Unterschiede in den kantonalen Baugesetzen möglich, raumplanerisch aber wenig sinnvoll. Für die grossräumige Planung muss man deshalb neue Instrumente finden und das Raumplanungsgesetz (RPG) so revidieren, dass es auch auf die spezifischen Planungsbedürfnisse der Städte eingeht. Der Bund sollte übergeordnete räumliche Festlegungen machen, die von den Kantonsgrenzen unabhängig sind und die Kantone verpflichtet, sie einzuhalten.

*Die Stadt Zürich macht sich für die Einführung einer strategischen Umweltverträglichkeitsprüfung auf Bundesebene stark.*

**Martelli:** Die Idee der strategischen Umweltverträglichkeitsprüfung ist, dass man die Umweltaspekte grössräumiger und in einer frühen Planungsphase betrachtet. Es geht darum, dass man an einem Ort eine Überschreitung der Grenzwerte zulassen kann, wenn dafür an einem anderen Ort eine bessere Situation geschaffen wird.

*Die Umweltgesetzgebung steht für Sie im Widerspruch zur Raumplanung, die eine Siedlungsverdichtung nach innen anstrebt?*

**Martelli:** Ja, heute unterläuft die Umweltgesetzgebung beziehungsweise die Lärmschutz- und die Luftreinhalte-Verordnungen das Ziel, publikumsintensive Nutzungen in Zentrumsnähe zu bauen. Die rein objektbezogene Umweltverträglichkeitsprüfung untersucht die Umweltbelastungen nur punktuell am Ort. Das verhindert, dass an bereits belasteten Orten noch mehr gebaut werden kann, selbst dann, wenn andere Regionen entlastet würden.

*Damit werben Sie für das Einkaufszentrum im Stadion Zürich?*

**Martelli:** Das Stadion beim Hardturm ist ein idealer Standort für ein Einkaufszentrum, weil es viele Leute direkt bei der Autobahn abholt, anstatt dass sie zu den Einkaufszentren im Limmattal oder im Glatttal fahren. Wenn man die nicht gefahrenen Kilometer hochrechnet, ist die Umweltbilanz insgesamt viel besser.

*Wie sollen im Grossraum Zürich Standorte für Einkaufszentren festgelegt werden?*

**Martelli:** Als Präsidentin des Planungsdachverbands Regionalplanung Zürich und Umgebung (RZU) schwebt mir vor, dass wir auf der Grundlage der Modellvorhaben «Siedlung und Verkehr» und «Standortpolitik für publikumsintensive Einrichtungen in der Agglomeration Zürich» ein Leitbild entwickeln, das festlegt, wo im Raum Zürich noch Siedlungs- und Verkehrsinfrastrukturen zu bauen sind, ohne dass sich jede Gemeinde auf ihre Autonomie beruft.

*Der Kanton Zürich hat die Vorbereitungen für die Neugestaltung des Planungs- und Baugesetzes (PBG) abgeschlossen. Ihre Anliegen?*

**Martelli:** Beim PBG betreffen unsere Anliegen vor allem die Rechtsmittelfrage und die Verfahrenswege. Insbesondere wünschen wir, dass man im PBG Fristen für die Beschwerde- und Gerichtsverfahren einführt und so die Rechtssicherheit wieder herstellt. Investoren, Bauherren, Betroffene müssen wissen, bis wann sie mit den Gerichtsentscheidungen rechnen dürfen.

*Das läuft auf eine Beschleunigung der Verfahren hinaus.*

**Martelli:** Ja, denn die Verfahren an sich soll man nicht verhindern. Die sind legitim. Doch muss man sich überlegen, ob solche Verfahren nicht etwas kosten sollen, damit man nicht

böswillig Planungen verzögern kann und einen kleinen Schadensbeitrag leisten muss, wenn man vor Gericht verliert.

*Finanzielle Hürden sollen dem kantonalen Verbandsbeschwerderecht einen Riegel schieben?*

**Martelli:** Ja, doch geht es auch um die Frage der Legitimation. So sollte ein Präsidium einer beschwerdeberechtigten Organisation nicht allein bestimmen können, ob es Beschwerde einreicht.

*Es bleiben die Privatrekurse.*

**Martelli:** Dort wird die Frage der Fristen sehr wichtig. Es ist schon schwierig zu akzeptieren, dass ein VCS für Vereinbarungen mit Bauherren Geld erhält, aber wenn inzwischen bald jeder Anstösser einen Rekurs platziert, nur um sich seinen Gartenzaun zahlen zu lassen, stimmt etwas nicht mehr. Das ist eine Verlüderung der Sitten.

*Sie tönten an, dass eine Stadt wie Zürich andere Planungsinstrumente brauche als ein Dorf.*

**Martelli:** Ich versuche das unter dem Titel «sinnliche Planung» darzulegen: Am Anfang einer Stadtplanung muss eine Vision stehen, die man in verständliche Bilder umsetzt und mit allen Betroffenen diskutiert. Erst nach diesem Prozess kann man diese Bilder in einen Gestaltungsplan übersetzen. Heute verläuft das Prozedere umgekehrt: man nimmt zuerst die Gesetze und fragt sich dann, was dürfen wir damit überhaupt bauen. Diese Art der Planung genügt in einer Stadt nicht mehr - heute wird verlangt, dass man die Planungsverfahren demokratisiert.

*Also mehr Einbezug der relevanten Dialoggruppen?*

**Martelli:** Genau. Wir müssen Grundeigentümer, Investoren, Quartiervereine und Bevölkerung frühzeitig mit einbeziehen. Aber dafür sollten wir neue Planungsinstrumente erhalten. Das können zum Beispiel Leitbilder sein, die im Gegensatz zu heute verbindlich sind - sonst bleiben das «Plauderklubs».

*Wie weit soll die Verbindlichkeit gehen?*

**Martelli:** Ich kann mir vorstellen, dass gemeinsam erarbeitete Verkehrskonzepte für verbindlich erklärt würden, und dass, wenn man die Verkehrsfrage beim Stadion als Beispiel nimmt, das Verwaltungsgericht die «Gesamtverkehrskonzeption Zürich West» in einer Entscheidung berücksichtigen müsste.

*Auch Anwohner könnten dann nicht mehr im letzten Moment neue Forderungen einbringen?*

**Martelli:** Ja.